Landesjugendring
Mecklenburg-Vorpommern

38. Vollversammlung | 5. April 2025

Beschluss

Wir sagen JA zum Freiwilligendienst

Wir sagen **NEIN** zum Pflichtdienst.
Mit diesem Satz schließen wir uns dem politischen Ziel des Deutschen Bundesjugendrings aus dem Jahr 2020[1] und 2024[2] an, dass zivilgesellschaftliches Engagement auf Freiwilligkeit beruht. Freiwilliges Engagement ist das Fundament für das darauffolgende Grundverständnis unserer Zivilgesellschaft, dass wir Ehrenamt und Freiwilligkeit in unsere Mitte stellen.
Deshalb sagen wir **NEIN** zu jeglichen Pflichtdiensten.

Wir können die schwierigen gesellschaftlichen Aufgaben nicht zu Lasten der jüngeren Generation bewältigen.
Junge Menschen sind im Jahr 2025 vielen Herausforderungen gegenübergestellt. Die SINUS Studie aus 2024 vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend, der Deutschen Bischofskonferenz, Bundeszentrale für politische Bildung, DFL Stiftung, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung stellt noch einmal klar heraus:

„In der Mitte der Gesellschaft anzukommen, ist der größte Zukunftswunsch der meisten Jugendlichen.“ [3]

Die Politik ist also aufgefordert, diesen jungen Menschen ein Angebot zu machen, das es allen ermöglicht, einen Freiwilligendienst zu leisten.
Über 700 FSJler*innen und über 1200 BFDler*innen im Jahr verzeichnet Mecklenburg-Vorpommern. Dies ist ein starkes Zeichen, das es nicht nur zu erhalten gilt, sondern ausgebaut werden muss. Als Jugendverbände wissen wir, dass Freiwilligkeit und Selbstbestimmung essenziell für eine gesunde Demokratie sind. Junge Menschen sollen sich in einem Freiwilligendienst finden können.
Freiwilligendienst ist und bleibt ein Erfolgsmodell.

[1] https://www.dbjr.de/fileadmin/Positionen/2024/DBJR-Position-Freiwilligendienste.pdf
[2] https://www.dbjr.de/artikel/freiwilligkeit-staerkt-demokratie-und-den-zusammenhalt-fuer-einen-rechtsanspruch-auf-freiwilligendienst-statt-eines-verpflichtenden-gesellschaftsjahres
[3] https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/u18_SINUS-Jugendstudie_Wie-ticken-Jugendliche_2024_Print_24-06-07_Sperrfrist_12.06.24_12.00.pdf, Seite 152.

Wir sagen **JA** zum Freiwilligendienst.
Aus diesem Grund fordern wir:

1. Die Landesregierung muss sich auf Bundesebene für eine Sicherung des Freiwilligendienstes stark machen. Ebenso fordern wir das Recht auf einen Freiwilligendienst. Jede*r in Deutschland soll die Möglichkeit haben sich für einen Freiwilligendienst entscheiden zu können.

2. Die Landesregierung muss mehr Mittel in den Landeshaushalt stellen, um sowohl mehr jungen Menschen ein FSJ zu ermöglichen als auch das Taschengeld zu erhöhen. Hierbei beziehen wir uns auf das Bundesausbildungsförderungsgesetz in seinem Höchstsatz als Grundlage für die Taschengeldberechnung.

3. Der Vorstand des Landesjugendrings setzt sich dafür ein, ein Freiwilliges Soziales Jahr oder einen Bundesfreiwilligendienst in der Geschäftsstelle zu ermöglichen. Er sichert dabei die pädagogische-inhaltliche Begleitung innerhalb der Geschäftsstelle.

4. Der Landesjugendring setzt sich ferner öffentlichkeitswirksam für Freiwilligendienste in Mecklenburg-Vorpommern ein. Dies beinhaltet auch, dass im Austausch mit den zuständigen Ministerien mehr Werbung an Schulen zu diesem Thema gemacht werden muss.

Mehrheitlich beschlossen mit 21 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und 7 Enthaltungen am 5. April 2025 in Schwerin.